

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer 22 $\frac{1}{2}$ Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
26 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der Buch-
handlung von S. Richter, Univer-
sitätsstraße, Paulinum. In Mag-
deburg in der Creusschen Buch-
handlung, Breitenweg Nr. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 203.

Halle, Sonntag den 1. September
Hierzu eine Beilage.

1850.

Heute haben wir wieder die Summe von 100 Thln. nach
Schleswig-Holstein gesendet.

An auswärtigen Beiträgen ist ferner eingekommen: Ge-
meinde Dörlau 3 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf., Gemeinde Schrenz
2 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf., aus Schaffedt Ertrag eines Con-
certs 11 Thlr., von L. in Domsin 1 Thlr., von Steiger und
Arbeitern auf der Kohlengrube zu Domsin 1 Thlr., von H.
in Grunau 1 Thlr., von der Gemeinde in Gnölszig 8 Thlr.,
aus Nelben 2 Thlr.; außerdem von L. S. in Halle 3 Thlr.
25 Sgr.

Halle, den 31. August 1850.

Hülfs-Comité für Schleswig-Holstein.

Sämmtliche Mitglieder des Hülfs-Comité werden zu
einer Zusammenkunft Montag, den 2. September Abends
7 Uhr im Stadtschießgraben eingeladen. Auch andere Freunde
der Schleswig-Holstein'schen Sache werden bei dieser Zu-
sammenkunft willkommen sein.

Deutschland.

Halle, d. 31. August. Die sächsische Hofpolitik sah in
dem unversehrten Fortbestehen der alten im Jahr 1815 aufge-
richteten Bundesverfassung die einzige Gewähr für die Erhal-
tung des vollen Umfangs der sächsischen Souveränität, und
deshalb erklärte der König in den ersten Märztagen, daß er
entschlossen sei, dem Drange des Volks nach einer Reorganisa-
tion des Bundes den stärksten Widerstand entgegen zu stellen.

Aber die Erbitterung über die Thätigkeit des Bundestages
und den Charakter des Fürstenbundes war zu allgemein, und
in Folge dessen verbreiteten sich die Aufstände so rasch und
nahmen an Stärke und Gefahr so gewaltig zu, daß der sächsi-
sche Hof sich in der Unmöglichkeit sah, dem Drange des sächsi-
schen Volkes länger zu widerstehen. Das im ganzen Lande ver-
hasste Ministerium Könneritz-Beschau wurde entlassen, das
März-Ministerium Braun-Pfordten berufen und die Fahne
des deutschen Bundesstaates erhoben.

Das neue Ministerium, mit Jubel begrüßt, erregte große
Hoffnungen und hat nicht eine einzige davon erfüllt. Es war
eine Regierung ohne Grundsätze und ohne Energie. Ihm und

dem Hofe fällt zur Last, was jetzt in Sachsen sich ereignet.
Das März-Ministerium, schreibt die deutsche Zeitung, hat
durch zu große Nachgiebigkeit gegen die radikale Partei einer
Ueberstürzung Vorschub geleistet, deren natürlicher Gegenschlag
das Mißtrauen, der Haß, mindestens die Gleichgültigkeit gegen
das Prinzip der Märzbewegung selbst, mit einem Worte die
Reaktion im alten schlechten Sinne des Wortes sein mußten.
Auf der andern Seite arbeitete es dieser selben Reaktion in die
Hände, indem es versäumte, solche Reformen in der Verwal-
tung und Gesetzgebung rasch und energisch durchzuführen, wel-
che einen festen Damm gegen das Wiedereindringen reaktionä-
rer Tendenzen zu bilden vermocht hätten. Für die Vereinfachung
der Verwaltung und die Beseitigung der Vielregiererei,
für eine organisirte Selbstverwaltung des Volks in allen Schich-
ten des Gemeinwesens, für eine weitere Ausdehnung des Prin-
zips der Selbstständigkeit der Gemeinde und die Einrichtung
entsprechender Kreisverwaltungen that Herr von der Pfordten
nicht das Geringste. Die neuen Minister begnügten sich mit
dem Glanze, den ihnen ihre neuen Aemter verliehen, und mit
dem Weibrauch, den ihnen die Freude des Volks über die End-
schaft der alten verhassten Regierung streute. Nicht einmal
eine Verjüngung des Verwaltungspersonals, namentlich des
höhern, fand statt, die doch so nothwendig gewesen wäre, um
brauchbare und willige Organe für die Durchführung und Be-
festigung der neuen Ideen zu gewinnen. Man goß den neuen
Most in alte, brüchig gewordene Schläuche, man ließ die ganze
Staatsmaschine gerade so, wie sie unter dem frühern Regimente
gewesen war, und glaubte dem Drange nach Reformen zu ge-
nügen, wenn man oben in der Spitze und unten an der Ba-
sis des Staates einige Abänderungen anbrächte. Die weisen
Märzherrn gaben allgemeines Wahlrecht, Vereins- und Ver-
sammlungsfreiheit u. s. w.; aber, statt die dadurch entfesselten und
zur Thätigkeit fürs Allgemeine angespornten Kräfte vor Allem
auf die ihnen am Nächsten liegenden und am Meisten vertrau-
ten Kreise des Gemeinwesens hinzulenken, ließen die Märzmini-
ster in diesen mittleren Regionen alles wie es war, und so mußte
denn nothwendig jene ganze Masse entfesselter Kräfte sich nach
oben, zur unmittelbaren Theilnahme an der Leitung des
Staates drängen und hier einen störenden Druck auf die Organe
der Regierung üben. Auf der andern Seite bestand der ganze

komplizirte Apparat der bureaukratischen Regierungsmaschine unverändert fort, mit allen darin verkörperten Traditionen von der Nothwendigkeit einer umfassenden Bevormundung des Volks und der umfassenden Einmischung der Regierung und der Beamtenschaft in alle Verhältnisse des Lebens — ein bereites und geübtes Werkzeug für eine künftige Reaktion. Die Märzherren lebten und redeten in den Tag hinein, als wäre ein Wechsel des politischen Systems unmöglich. Die Verwaltung behielt ihren selbstrichterlichen Charakter, die Revision der Verfassung nach der Seite hin, daß eine parlamentarische Regierung möglich und mit schützender Garantien umgeben würde, wurde verschoben, bis die deutsche Verfassung zu Stande gekommen sei, und man weiß, was es mit dieser Phrase vom Zustandekommen der Verfassung im Munde auch eines Märzministers für eine Bedeutung hatte; dagegen ließen die Märzminister das Volk die Geschworenen, welche über politische und Preßvergehen entscheiden sollten, nach dem allgemeinen Stimmrecht wählen, damit das Schwurgericht zu einer Sache der politischen Parteilung entwürdigt und dadurch zu Grunde gerichtet würde. Die Märzminister erklärten, daß eine gute Regierung auch mit dem freiesten Vereinsrechte müsse regieren können, und eben deswegen unterstellten sie Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßregeln vor dem Erscheinen derselben der Censur der Vaterlandsvereine, änderten sie nach den Forderungen derselben oder nahmen sie zurück. In den Kammern duldete das Ministerium Pfordten die härtesten Eingriffe in die Rechte der vollziehenden Gewalt, und doch respektirte es die Kammerbeschlüsse nicht, regierte also statt mit der Majorität, nur mit Minoritäten und ruinirte auf diese Weise selbst das Prinzip parlamentarischer Regierung, welches es bei seinem Auftreten als die wesentlichste Grundlage des konstitutionellen Systems anerkannt hatte. Unsicher, schwankend, matt, zwar jungensfertig, aber thatenlos taumelte es zwischen der Tendenz des Hofes und dem System demokratischer Beweglichkeit hin und her, stolze Phrasen von Patriotismus und deutschem Vaterland um sich her austreuend, und immer bereit, sich an die Partei anzulehnen, welcher die trübe Strömung des Augenblicks die meiste Macht zu verleihen schien. Es fehlte diesem Märzministerium der Glaube an eigene Gedankenkraft, es fehlte ihm die Macht der Ueberzeugung; es war nichts als ein leeres Gefäß, das seinen Inhalt von Außen empfing, nur ein Stück Messingblech, das den empfangenen Ton schlechter wiedergab, als es ihn empfangen hatte.

Dieses Braun-Pfordtensche Ministerium zog unter dem deutschen Banner in die Ministerhotels. Die sächsische Regierung hatte sich für den deutschen Bundesstaat aufs Klarste entschieden, sie hatte sogar den ihr vorläufig mitgetheilten Grundzügen über die konstitutionelle Bundesstaats Monarchie ihre Zustimmung gegeben und ihren officiösen Gesandten darin instruiert. In der Thronrede bei Eröffnung der Kammern am 21. Mai 1848 gab der König mit bewegter Stimme ein erneutes Zeugniß, daß er an der Einigung des deutschen Volks im deutschen Bundesstaate festhalte. Bald darauf im Juni publicirte die deutsche Nationalversammlung das Gesetz über die provisorische Centralgewalt, die Wahl des Reichsverwesers wurde selbstständig und aus eigener Machtvollkommenheit von der Nationalversammlung vollzogen und die Bundesversammlung erklärte am 12. Juli einstimmig und in rechtsgiltiger Form mit allen rechtlichen Wirkungen und Folgen ihre amtliche Thätigkeit für immer beendet. Alle diese Vorgänge und politischen Akte waren ernstliche Ueberleitungsformen aus dem bisherigen Staatenbunde, dem Fürstenbunde souveräner Staaten in den einheitlichen Bundesstaat. Und die sächsische Regierung war vom März her noch so deutsch und so fest entschlossen, daß sie den Beschlüssen und staatsrechtlichen Handlungen der Nationalversammlung ohne

irgend welchen Einwand beistimmte und das Geschehene, so unbegrenzt dessen Einfluß auch war, pure als einen sich von selbst verstehenden Rechts- und Gesetzgebungsakt genehmigte und sich unterwarf. Und das that die sächsische Regierung von Rechtswegen. Denn es lag ein Beschluß der Nationalversammlung vom 27. Mai vor, wonach jeder Regierung rechtsbegründete Einwände gegen die Giltigkeit der künftigen Reichsverfassung abgeschnitten wurden. Dieser Beschluß besagte: „daß alle Bestimmungen deutscher (Partikular-) Verfassungen, welche nach Vollendung des allgemeinen Verfassungswerkes mit diesem nicht übereinstimmen, abzuändern und mit der deutschen (Reichs-) Verfassung in Einklang zu bringen sind.“ Bei der Debatte über diesen Beschluß wurde namentlich hervorgehoben, daß es unmöglich sei, das Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen, wenn den gesetzgebenden Gewalten der Einzelstaaten das Recht der Einsprache und der Vereinbarung zustehen sollte. Unter den vielen Rednern, welche die Vereinbarung mit den Einzelstaaten verwarfen und den konstituierenden Charakter der Nationalversammlung geltend machten, war auch ein sächsischer Demokrat, der Deputirte Schaffrath, welcher sehr richtig bemerkte: „Sobald Sie den Grundsatz verleugnen, daß wir ausschließlich konstituierend sind, so ist eine Einheit unmöglich. Sie können nicht mit 38 Regierungen über jeden einzelnen Punkt einzeln verhandeln; sobald Sie jeder einzelnen Regierung, jeder einzelnen Kammer das Recht des Widerspruchs und der Zustimmung zugestehen, so heißt das die Einheit Deutschlands unmöglich machen.“ Alle sächsischen Demokraten in der Nationalversammlung sprachen und stimmten in diesem Sinne, und diese Kundgebung war für die sächsischen Vaterlandsvereine, auf die sich das Ministerium Braun-Pfordten damals stützte und von denen dasselbe geleitet wurde, das politische Schibolet, die Fahne, unter der sich die sächsische Demokratie und die sächsischen Minister vereinigten.

Bei Gelegenheit der Debatte über die provisorische Centralgewalt in der Nationalversammlung am 21. Juni 1848 änderte die sächsische Demokratie ihre Grundsätze. Man wollte statt eines fürstlichen Reichsverwesers einen demokratischen Präsidenten und mit ihm die Republik für Deutschland, und als diese Ansicht und Absicht zu unterliegen drohte, war es der sächsische Abgeordnete Schaffrath, welcher erklärte, daß er die Ausführung der Centralgewalt unausführbar zu machen gedanke, und zwar durch Berufung auf die Verfassungen der Einzelstaaten, in denen vorgesehen ist, daß jede Veränderung nur mit Zustimmung der Stände zulässig sei. Dieser Ausspruch war für die sächsische Demokratie und für die sächsischen Kammern, die damals in der Mehrheit aus Demokraten bestanden, ein neues Signal, dem auch das Märzministerium, voran Herr von der Pfordten und der sächsische Hof, folgten. Die Zeit bis zum 28. Juni war zu kurz, um alle demok. Vereine Sachsens auf die neue Parole zu organisiren und auf die Regierung dahin einzuwirken, daß sie den geschichtlichen Akten über den Uebergang aus dem völkerrechtlichen Staatenbunde in den einheitlichen nationalen Bundesstaat ihre Zustimmung hätte versagen können. Aber wenige Tage, nachdem der Bundestag sein Ende verkündet hatte, trat auch die Absicht der sächsischen Hspolitik klarer hervor.

Am 31. Juli beantragte ein sächsisches Kammermitglied, die Staatsregierung zu veranlassen, daß sie sich ausspreche, „die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung in Bezug auf das Verfassungswerk und was damit in Zusammenhange stehe, ohne Weiteres für verbindlich zu erachten.“ Vermuthlich hatten Veränderungen in dem politischen Dunskreise des Hofes den Antrag veranlaßt. Jedermann war nun gespannt, die Entschlüsse der Regierung kennen zu lernen, aber sie verweigerte jede Antwort, „indem dadurch das große Ein-

gungswerk eher gehindert als gefördert werden könnte.“ Die sächsische Regierung war also wirklich auf eine Antwort vorbereitet, denn sie kannte die üblen Folgen derselben, aber sie wagte nicht, mit ihrer Absicht ans Licht zu treten, sie wußte nur so viel, daß ihre Absichten dem Einigungswerke nicht förderlich sein könnten. Und dies war deutlich genug.

Am 28. Aug. brach sie endlich ihr Schweigen. Die Würfel für die Reaktion sängen damals an günstiger zu fallen. Sie eröffnete den Kammern in einem umfänglichen Schriftwerke: „zwischen den gesetzgebenden Organen des Bundesstaates und der Einzelstaaten wird eine **Einigung** für die Feststellung der neuen Verfassung Deutschlands erforderlich sein, wenn diese auf eine Grundlage gebaut werden soll, welche die Bürgerschaft der Dauer giebt. Die Regierung geht daher von der Ansicht aus, daß der §. 2 der Verfassungsurkunde und die darin festgestellten Rechte der Stände für sie maßgebend sind.“

Am 19. October kam die Vorlage zur Verhandlung, die demokratische Kammer gab der Regierung ihre Zustimmung und Herr von der Pfordten sprach die Ansicht der Regierung aus: „die deutsche Verfassung kann nicht anders zu Stande kommen, als wenn die Regierungen unter Zustimmung der einzelnen Länder die Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen.“ Ferner fügte Herr von der Pfordten hinzu: „Erschint der Regierung ein Beschluß der Nationalversammlung unbedenklich, und hält sie es für nothwendig, denselben im Interesse der deutschen Einheit (sollte doch wohl besser heißen: der deutschen Zerrissenheit!) zur Geltung zu bringen, so wird sie ihn publiciren; hat sie ein Bedenken, so wird sie ihn den Ständen vorlegen.“

Nach der Ansicht der sächsischen Regierung stand es daher fest, daß die deutsche Verfassung nur dann erst gültig würde, wenn sie den Ständen vorgelegen habe, und daß nur die Gesetze als rechtsverbindlich publicirt würden, welche die Regierung für unbedenklich hielt. Nach dieser Auffassung standen die Einzelstaaten, die Fürstenhöfe und die Winkelkammern unserer kleinen Völkerchen über dem Parlamente der deutschen Nation. Und diesen spinösen Weg nannte man die ebene Bahn zur deutschen Einheit. Ja man war sogar so verwegen, dies unsinnige Verfahren, diese Zerstörungssucht der deutschen Einheit als einen in den Verfassungen vorgezeichneten Rechtsweg zu nennen und sich mit dem Rechtsboden zu brüsten. Allerdings lautet der §. 2 in der sächsischen Verfassung: „Kein Bestandtheil des Königreichs oder **Recht der Krone** kann ohne Zustimmung der Stände auf irgend eine Weise veräußert werden.“ Aber diese Berufung war nur der Kunstgriff der Sophistik und der Angst, es möchten einige von den usurpirten oder aus französischen Händen empfangenen Kronenrechten geschmälert werden. Eine andere Vorschrift derselben sächsischen Verfassung besagt §. 89: „In Ausführung der vom Bunde gefaßten Beschlüsse kann die Regierung durch die ermangelnde Zustimmung der Stände nicht gehindert werden. Sie treten sofort mit der vom Könige verfügten Publikation in Kraft. Es müssen daher auch die zur Ausführung derselben erweislich erforderlichen Mittel aufgebracht werden.“ So lange die Bundesversammlung bestand, wurden die Gesetze derselben publicirt; die Stände hatten kein Recht des Einwandes, und wären die Verletzungen der bürgerlichen Rechte noch schreiender gewesen, als sie in der That waren. An die Stelle der Bundesversammlung war die Centralgewalt, der Reichsverweser mit seinem verantwortlichen Ministerium, für die Gesetzgebung das Parlament getreten; die Verpflichtung der Einzelstaaten war dieselbe geblieben, nur waren sie nicht

mehr der Bundesversammlung, sondern deren Rechtsnachfolger, der Centralgewalt und dem Parlament verpflichtet. Die sächsische Regierung durfte sich daher nicht auf die Vorschrift über die Kronenrechte, sondern sie mußte sich auf die Vorschrift über die Ausführung der Bundesbeschlüsse berufen. Dies wäre der Boden des Rechts gewesen, aber auf diesem Rechtsboden fand sich kein Raum für die Souveränitätsgelüste eines kleinen Hofes.

Am 19. October 1848 sprach von der Pfordten in der Kammer: „die Anordnungen der Centralgewalt innerhalb der ihr zustehenden Kompetenz sind an und für sich wirksam.“ Von dieser Versicherung hat denn aber die sächsische Regierung das gerade Gegentheil ausgeführt. Keine einzige Publikation der Centralgewalt hat sie anerkannt; ihre gesetzmäßigen Beiträge zur Flotte und zu den andern von der Centralgewalt angeordneten Maßregeln hat sie nicht, oder spät, oder nur zum Theil entrichtet. Wir verweisen über diese Angelegenheit auf die Verhandlungen des deutschen Parlaments und auf unsre früheren Mittheilungen in diesen Blättern.

Ueberblicken wir diese Reihe von Thatsachen, so hielt der Hof am alten Bundestage bis zum 6. März fest; die Hospolitik wies alle Adressen, die eine Aenderung der Bundespolitik forderten, entschieden zurück; der König selbst erklärte, „nichts würde ihn bewegen, von dem klaren Wege abzugehen, den ihm seine Verbindlichkeiten als Mitglied des deutschen Bundes vorschrieben.“ Nach dem 6. März stellte sich die Hospolitik auf die bundesstaatliche Seite, scheinbar mit so großer Bereitwilligkeit, „daß“, wie Schaffrath am 7. Nov. 1848 in der Nationalversammlung sich ausdrückte, „die Minister einen Plan über die Einheit Deutschlands vorlegten, der weiter ging als alle andern und daß sie ihre vollständigste Bereitwilligkeit zu allen Opfern des sächsischen Hofes zu erkennen gaben.“ Und nach wenigen Wochen erklärten dieselben Räte derselben Krone, daß die deutsche Verfassung nur dann zu Recht bestehe, wenn die „einzelnen Regierungen und die einzelnen Länder“ sie mit dem Parlament vereinbart hätten. So war denn die sächsische Unklarheit bis in die trübe Quelle der konfusesten Vereinbarungstheorie herabgesunken, und zwar alles im Namen und zum Frommen der deutschen Einheit! So beklagenswerth dieser Abfall ist, so ist er doch noch nicht der schwerste.

Berlin, d. 30. Aug. **Se. Maj. der König** haben geruht: Dem Direktor der Medicamenten-Expedition bei den Franckeschen Stiftungen zu Halle, Dr. von Madai, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Der Ober-Präsident der Rhein-Provinz, von Auerwald, ist von hier nach Dresden abgereist.

Oesterreich sieht sich ganz vorzüglich darauf angewiesen, irgend eine Anerkennung Preußens für den September-Bundestag (wenn auch eine noch so mittelbare) und die Anerkennung der außerdeutschen Staaten für die höchste deutsche Verfügung dieses Bundestages und seiner Acte zu erlangen. Das Zweite ist leichter zu erreichen, als das Erste. Schon haben Rußland und England im Einverständnisse darauf gedrungen, endlich eine höchste deutsche Behörde zur diplomatischen Verhandlung, namentlich zur Ratifikation des dänischen Friedens, zu bestellen, und dann Holstein zu seiner Pflicht gegen Dänemark zurückzuführen. Hr. v. Pechlin ist deshalb jetzt in Wien, um auch über die Pacificirung Holsteins, nach österreichischen Ansichten und dänischen Hoffnungen, das Nähere zu verabreden, wozu Hr. v. Bülow ihm Manches unter den Fuß gab. Oesterreich hat jenen Wink wohl verstanden, das Protokoll in London unterzeichnet, und will nun, den Mächten zu Gefallen, die Friedens-Ratifikation seiner Anhänger von Bundestagswegen beschließen und an Preußen überreichen lassen. Mit diesem ziemlich derb angelegten Manöver ist

dann, so hofft Oesterreichs Partei, Preußens Anerkennung für die Rechte dieses Bundestages erlangt! Ebenso soll mit der ferneren Autorisation für die Bundesverwaltungs-Commission verfahren werden; immer um Preußen zunächst nur zu der rechtlichen Anerkennung zu bringen, daß dieser Bundestag über ihm stehe, und Namens des Bundes zu verfahren befugt sei. Die Consequenzen würden sich dann schon mit der Zeit ergeben. — Wir wissen jedoch, daß Preußen dieser Falle bereits im voraus in Staatschriften erwähnt hat, also nicht unvorbereitet, noch unentschlossen zuschaut, um nach dem Ausfalle der Art und Weise das Seinige rasch auszuführen. (Sp. 3tg.)

Ueber die nach London an den preußischen Legationssecretair Grafen von Perponcher zur Mittheilung an Lord Palmerston abgegangene Antwort Preußens, auf die Aufforderung zur Pacificirung Holsteins, werden der schles. 3tg. folgende nähere Mittheilungen gemacht: In derselben erklärt Preußen, daß jede irrigerweise aus dem Friedensvertrage hergeleitete Verpflichtung zu einem Einschreiten in dem Herzogthum Holstein auf das Entschiedenste abgelehnt werden müsse. Die Auffassung, welcher Preußen auf Seite des englischen Cabinets in dieser Beziehung begegne, müsse um so mehr überraschen, als Preußen zu der Annahme sich berechtigt glauben mußte, daß England als der vermittelnden Macht bei dem Abschluß des Friedensvertrages am Besten der wahre Sinn dieses Vertrages bekannt sei. Dänemark selbst halte Preußen nicht für verpflichtet, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten von Seite der schleswig-holstein. Armee sich thatsächlich zu widersetzen. Preußen sei weder berechtigt noch verpflichtet, der Statthalterchaft, welche als vom deutschen Bunde eingesetzte Regierung unabhängig sei, einen Zwang anzuthun. Eben so wenig habe Preußen eine Verpflichtung übernommen, die deutschen Regierungen zur Annahme des Friedens zu nöthigen. Vor erfolgter Ratification könne sich Preußen um so weniger zur Ergreifung irgend einer Maßregel veranlaßt sehen. Nach der Ratification würde eine Berechtigung dazu nur aus dem bestimmten Auftrage des deutschen Bundes fließen. Namentlich wird in der Antwort Preußens mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß bei den Friedensverhandlungen von seiner Seite ausdrücklich hervorgehoben worden sei, daß die freie Austragung des Streites den beiden sich gegenüberstehenden Theilen unbenommen bleibe. Die Auffassung Lord Palmerston's, daß die Herzogthümer sich feindlichen Vorschreitens schuldig gemacht hätten, wodurch jener Friede verlegt worden sei, welchen Preußen in dem Sinne geschlossen hatte, daß der gesammte deutsche Bund ihn zu beachten habe und daß sie (die Herzogthümer) dadurch einen Act feindlichen Angriffs begangen hätten, der eine Verletzung des Friedens wäre, welchen Preußen eingegangen sei, damit er von dem gesammten deutschen Bunde beobachtet werde, wird von Preußen in keiner Weise eingeräumt.

In Betreff der Besetzung der durch den Tod Neanders an der theologischen Fakultät der hiesigen Universität erledigten Stelle hören wir, daß über die betreffende Persönlichkeit bisher noch kein Beschluß gefaßt worden. Der Kultusminister, Herr v. Ladenberg, hat sich von der erwähnten Fakultät mehrere in der theologischen Welt berühmte Persönlichkeiten vorschlagen lassen, eine Entscheidung jedoch noch nicht getroffen, was sich durch die große Wichtigkeit dieser Frage auch leicht erklären läßt.

Stuttgart, d. 26. August. Die neue Verfassung für Württemberg ist fertig, nach Versicherung der Würt. 3tg. Sie soll hundert und einige sechzig Artikel enthalten und unter den vorhandenen Umständen ziemlich freisinnig sein. Insbesondere soll der darin aufgestellte Wahlmodus wesentliche Vorzüge vor denjenigen Vorlagen haben, welche das Octoberministerium zu

machen für gut fand. Damit ist natürlich nicht gemeint, daß das allgemeine direkte Wahlrecht zur Vorlage kommen wird, wie denn auch andere Punkte nicht so demokratisch geartet sein dürften, daß sie die Anerkennung der bevorstehenden Landesversammlung finden werden. Geschieht dies nun aber, was kaum bezweifelt werden darf, so soll, wie die Würtemb. 3tg. gehört haben will, die alte Verfassung mit den Ständeherrn in der ersten und den Rittern und Prälaten in der zweiten Kammer wieder in Kraft treten, und von dieser Ständeversammlung sodann die Verfassungsrevision in Angriff genommen werden. Eine solche Art zu verfahren, meint das Blatt, hat große Wahrscheinlichkeit für sich. Sie motivirt diese Wahrscheinlichkeit durch das Verhalten der württembergischen Regierung in der deutschen Frage. Wenn hier diese Regierung beweisen zu können glaubte, daß die deutsche Bundesversammlung niemals aufgehört habe zu existiren, so müßte es ihr eine wahre Kleinigkeit sein, den Beweis zu führen, daß die Kammer der Ständeherrn in Württemberg nebst Ritter- und Prälatenbank noch bestehe.

Einer der hiesigen Correspondenten der Karlsruher Zeitung berichtet: Die Angelegenheit des ehemaligen Departementschefs des Aeußern, Frhrn. v. Wächter-Spittler, vor dem Staatsgerichtshofe scheint eine unerwartete Wendung nehmen zu wollen, indem die Richter, mit Ausnahme eines Einzigen, dem Beklagten zwar die Beitrittserklärung zum Interim, als von den Umständen geboten, zuzuhalten wollen, dagegen ihn aber deshalb nicht ganz freisprechen zu können meinen, weil er sich bei dieser Veranlassung nicht ausdrücklich verwahrt habe, daß die Interimsbehörde sich in die innern Angelegenheiten des Landes mische, wobei sie speciell den Postvertrag im Auge haben. Fallen auch durch dieses Urtheil nicht die schlimmen Folgen einer Verurtheilung auf Frn. v. Wächter, verliert er auch auf diese Weise seine Ansprüche auf Pension und Wiederanstellung nicht, so ist er doch auch ebensowenig gänzlich freigesprochen.

Kassel, d. 28. Aug. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung brachte zunächst der Abg. Wolff folgende Interpellation ein: Ist es wahr, was öffentliche Blätter behaupten, daß die Regierung des Kurfürsten königl. Hoh. die Statthalterchaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein mit ihrer Forderung für die Verpflegung kurheffischer Truppen aus dem Jahre 1849 an die Bundeskasse verwiesen hat? Hierauf berichtete Abg. Möller für den Adressauschuß und trug den folgenden Entwurf dieses Ausschusses vor:

Königliche Hoheit! Durch den mit der Eröffnung des Landtags beauftragten Commissar haben Ew. königl. Hoheit unter Versicherung der landesherrlichen Huld und Gnade die zuversichtliche Hoffnung aussprechen lassen, daß unsere Thätigkeit eine segbringende sein werde. Auch wir hegen die Hoffnung und wünschen nichts sehnlicher, als der Staatsregierung die Unterstützung gewähren zu können, welche die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen gedeihlichen Wirkens auf der Bahn der Verfassung und der regelmäßigen Ordnung bedingt. Leider können und dürfen wir Ew. königl. Hoh. nicht verhehlen, daß ein gemeinschaftliches gedeihliches Wirken unmöglich ist, so lange nicht Ew. königl. Hoh. das dermalige Ministerium entlassen. Die seit 1832 bis 1848 zwischen Regierung und Ständeversammlung vorgekommenen Verwickelungen haben auf das unzweideutige bewiesen, daß die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen Wirkens auf der Bahn der Verfassung und der regelmäßigen Ordnung durch das Dasein eines volksthümlichen Ministeriums bedingt ist. Als Ew. königl. Hoheit durch die Verkündigung vom 11. März 1848 die Zusage ertheilten, sich mit Männern zu umgeben, die das Vertrauen des Volks genossen, da glaube dieses die Bedingung erfüllt, von deren Existenz die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen gedeihlichen Wirkens abhängt. Es ist unsere heiligste Pflicht, Ew. königl. Hoh. im Namen des Volks, das wir vertreten, offen zu erklären, daß dasselbe in der Berufung des gegenwärtigen Ministeriums eine Erfüllung der Zusage vom 11. März 1848 nicht erblickt und nicht erblicken kann; daß wir das von der vorigen Ständeversammlung gegen das jetzige Ministerium wiederholt ausgesprochene Mißtrauen im vollen Maße theilen und auch das von dem bleibenden Ausschusse dem Ministerium gegenüber eingehaltene Verfahren billigen. Wäre über das Urtheil des Volks nach den Aussprüchen der vorigen aufgelösten Ständeversammlung

sammlung irgend ein Zweifel geblieben, so wird und muß derselbe im Hinblick auf die dermalige Ständeversammlung, in welcher sich nicht eine Stimme für das jetzige Ministerium erhebt, geschwunden sein. Das Volk sieht in der Berufung und Beibehaltung des dermaligen Ministeriums die Rückkehr zu einer Regierungsweise, die weit hinter seinem Wünschen und seinem Willen liegt, und es wird in dieser Ansicht nur noch bekräftigt werden, wenn es wahr ist, was die öffentlichen Blätter melden, daß das Ministerium Ew. königl. Hoh. eine Wiederherstellung des Bundestags anstrebt, statt den nach dem Beschluß der Bundesversammlung vom 30. März 1848 betretenen Weg weiter zu verfolgen. Wir protestiren feierlich gegen die Herstellung des vom deutschen Volk verworfenen und rechtsgültig aufgehobenen Bundestags, sowie gegen alle darauf gerichteten Bestrebungen. Wir beklagen die große Verwickelung der Finanzlage des Landes, aber wenn wir mit Vermeidung jeder Selbsttäuschung nach dem Grunde derselben forschen, so finden wir diesen eben in dem Bestehen des dermaligen Ministeriums Ew. königl. Hoh. und dessen Handlungsweise gegen die vorrige Ständeversammlung. Den Gesetzentwurf über die einstweilige Fort- erhebung der Steuern bis zum 30. Sept. d. J. werden wir einer gewissen- haften Prüfung unterwerfen und je nach dem Ergebnis derselben unsere Zustimmung erteilen oder verjagen. Die Schwierigkeiten und Gefahren, welche die gegenwärtige Lage des Staats nach Außen und nach Innen dar- bietet, sind auch uns nicht entgangen. Wir haben indessen die feste Ueber- zeugung, daß sie zum großen Theile erst durch das gegenwärtige Ministe- rium geschaffen sind, und halten sie nur dann für überwindlich, wenn sich Ew. königl. Hoh. mit Männern umgeben, die das Vertrauen des Volks genießen. Möge der Allmächtige Ew. königl. Hoh. die Stimme des Volks nicht überhören lassen! Ehre bietungsvoll verharret Ew. königl. Hoh. treuehuldigste Ständeversammlung. Namens derselben: deren Präsident. Kassel, ... Aug. 1850.

Abg. v. Winkingerode beantragte, die Berathung und Be- schlussfassung über diesen Adressentwurf erst morgen vorzuneh- men, was auch angenommen wurde.

Oldenburg, d. 27. Aug. In der Weser-Zeitung wird der aus der großrussischen Niedersächsischen Zeitung stammenden Nachricht von der Beschickung des engern Rathes in Frankfurt durch die hiesige Regierung auf das bestimmteste widersprochen. Es liegen keinerlei Anzeichen vor, heißt es dort, die irgendwie auf eine solche Absicht schließen lassen, vielmehr beweist die noch erst vor einigen Tagen vom hiesigen Bevollmächtigten im Für- stencollegium abgegebene, bereits kundgewordene entschiedene Er- klärung das Gegentheil. So hören wir denn auch von gutun- terrichteter Seite versichern, daß die hiesige Regierung an der Union, d. h. an dem Streben, nicht nach einem Großpreußen, sondern nach einer bundesstaatlichen Gestaltung Deutschlands — die in Verbindung mit Oesterreich zu hoffen eine politische Ab- surdität wäre — unverbrüchlich festhalten werde, daß sie fort- während nur darin für Gegenwart und Zukunft Heil sehe.

Frankreich.

Paris, d. 27. August. Die Nachricht von Ludwig Phi- lipp's Tode ist heute hier eingetroffen und ziemlich gleichgültig aufgenommen worden. Viele Orleansisten sollen sofort nach Lon- don abgereist sein.

Ein bekanntes Mitglied der Permanenz-Commission erzählte gestern unter Verbürgung der Wahrheit nachstehenden Vorfal: Im März kam ein Schweizer in Paris an, wo er in einem obskuren Hotel abstieg, und mehrere Tage einsam in seinem Zimmer zubrachte. Eines Nachmittags wurde an seine Thür geklopft, und ein Mann trat ein, in welchem der Verschwörer — denn dies war er — sofort den Präsidenten der Republik erkannte. „Ich kenne“ — sagte L. Napoleon — „Ihre Ab- sicht; Sie sind ein Unglücklicher; Sie kommen nach Paris, um mich zu ermorden. Ich hatte Gelegenheit, Ihnen im Thurgau Gutes zu erweisen; ich will es nochmals thun. Man hat mir Alles gesagt; ich komme, Sie zu reiten. Entsagen Sie diesem abscheulichen Unternehmen, das schon verrathen war, bevor Sie noch hier eintrafen. Fliehen Sie, nehmen Sie diese Börse. Hier ist ein Paß, und möge man Sie in Frankreich nicht mehr erblicken, so lange ich irgend eine Gewalt bekleide.“ Der Ver- schwörer stürzte bleich und halb todt dem Präsidenten zu Füßen,

den er bat, ihn in Paris zu lassen; damit er fortan von allen Comploten gegen sein Leben ihn sofort in Kenntniß setzen könne. Der Präsident entfernte sich, nachdem er diese Bitte gewährt hatte, und jetzt wacht dieser Verschwörer mit Sorgfalt über dasselbe Leben, zu dessen Vernichtung er nach Paris ge- kommen war.

Großbritannien und Irland.

London, d. 27. Aug. Die Königin, Prinz Albert und der Hof haben Osborne heute früh kurz nach 7 Uhr verlassen und sich auf der Nacht „Elfin“ eingeschifft. In Folge des To- des des Ex-Königs der Franzosen wurden keine Ehrensalven ab- gefeuert, auch die sonst gebräuchlichen Formalitäten nicht beob- achtet. Ihre Majestät landete vor 8 Uhr in Gosport, fuhr von dort mit einem außerordentlichen Zuge nach London und reiste von hier, ohne sich aufzuhalten, sogleich auf der nordwest- lichen Bahn weiter.

Ludwig Philipp starb, wie schon mitgetheilt, gestern zu Claremont. Schon am Tage vorher hatte man ihn in Ge- genwart der Königin von seinem nahe bevorstehenden Ende un- terrichtet. Er nahm die Nachricht mit Ruhe auf und bereitete sich mit Fassung auf den Tod vor. Nach einer Unterhaltung mit der Königin dictirte er mit merkwürdiger Klarheit des Gei- stes eine letzte Seite seiner Memoiren, um einen Bericht zu beendigen, den ihn seine Krankheit vor länger als vier Mona- ten zu unterbrechen gezwungen hatte. Dann ließ er seinen Al- mosenknecht, den Abbé Guelle, und seine Kinder und Enkel ru- fen und verrichtete seine religiösen Pflichten mit der vollkommene- sten christlichen Resignation und stoischer Fassung. Gegen 7 Uhr Abends schien der Anfall von Schwäche, an dem Ludwig Phi- lip gelitten, vorüber zu sein und es stellte sich Fieber ein, das die ganze Nacht mit Heftigkeit fortbauerte. Der König starb um 8 Uhr früh, umgeben von der Königin und ihren Kindern, der Herzogin v. Orleans, dem Grafen v. Paris, dem Herzog v. Chartres, dem Herzog und der Herzogin v. Nemours, dem Prinzen und der Prinzessin v. Joinville, dem Herzog und der Herzogin v. Aumale, der Herzogin Auguste von Sachsen- Koburg und den treuen Dienern der königl. Familie.

Verzeichniß

der

in der Sitzung der Stadtverordneten am 2. September d. J. zu verhandelnden Gegenstände.

- 1) Verhandlungen über die Reparatur der Kunitelrücke.
- 2) Anschlag über Erbauung eines Todtengräberhauses auf dem neu einzurichtenden Gottesacker und über einige andere da- mit zusammenhängende Bauten.

Freie Gemeinde.

Sonntag Nachmitt. Punkt 2 Uhr Vortrag von Wislicenus.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 30. August.

	Sf.	Brief.	Geld.	Sf.	Brief.	Geld.	
Pr. freiw. Anl.	5	107	—	Grh. Pos. Pfdbbr.	3 1/2	91 1/4	90 3/4
do. St.-Anl. v. 50	4 1/2	99 3/4	—	Distpr. Pfandbr.	3 1/2	—	93 1/4
St. Schuldsch.	3 1/2	86 1/8	—	Pomm. Pfandbr.	3 1/2	—	95 3/4
D.-Deichb.-Dbl.	4 1/2	—	—	R. u. Am. do.	3 1/2	—	96
Seeh. Pr.-Sch.	—	111 3/4	111 1/4	Schlesische do.	3 1/2	—	—
Kur u. Neum.	—	—	—	do. L. B. gar. do.	3 1/2	—	—
Schuldversch.	3 1/2	84 1/4	83 3/4	Pr. Bl.-A.-Sch.	—	99	98
Brl. Stadtbl.	5	104 1/4	—				
do. do.	3 1/2	—	—	Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Distpr. Pfandbr.	3 1/2	—	91	And. Gldm. à 5 pf	—	12 1/8	11 3/8
Grösch. Pos. do.	4	—	100 3/4	Disconto	—	—	—

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Sf.	Stamm-Actien.	Sf.
Brl. Ansh. Lit. A. B.	4 96 1/2 B.	Berl. Hambg.	4 100 3/4 G.
do. Hamb.	4 91 1/2 B.	do. II. Serie	4 98 1/2 B.
do. St.-Star.	4 104 3/4 B. u. G.	do. Potsd.-M.	4 92 7/8 B.
do. Ptsd.-M.	4 63 3/4 à 64 B.	do. do.	5 101 3/4 B.
Magd.-Hbf.	4 133 1/2 B.	do. do. Lit. D.	5 100 3/4 B.
do. Leipziger	4 —	do. Stettiner	5 104 3/4 G.
Halle-Zhür.	4 64 B.	Magd.-Leipz.	4 99 1/4 G.
Cöln-Mind.	3 1/2 97 1/4 à 3/8 B.	Halle-Zhür.	4 1/2 99 1/4 G.
do. Aachen	4 41 1/4 B.	Cöln-Mind.	4 1/2 101 B.
Bonn-Cöln	5 —	do. do.	5 103 1/4 B.
Düss.-Elberf.	5 —	Rh.v. St. gar.	3 1/2 —
Steele. Bohw.	4 37 3/4 à 38 B.	d. I. Priorität	4 89 G.
Nschl.-Märk.	3 1/2 83 B.	do. St.-Pr.	4 —
do. Zwgbahn	4 —	Düss.-Elberf.	4 91 G.
Dbschl. L. A.	3 1/2 108 3/4 B.	Nschl.-Märk.	4 94 7/8 G.
do. Lit. B.	3 1/2 105 G.	do. do.	5 103 3/4 B.
Cosel-Derb.	4 79 G.	do. III. Serie	5 102 7/8 G.
Brl.-Freib.	4 —	do. Zwgbahn	4 1/2 —
Kr.-Oberschl.	4 70 3/4 B. u. G.	Magd.-Witt.	5 —
Berg.-Märk.	4 41 B. u. B.	Oberschl.	4 —
Starg.-Posf.	3 1/2 82 5/8 B. u. B.	Kr.-Oberschl.	4 85 1/2 B.
Brieg-Neisse	4 —	Cosel-Derb.	5 101 B.
Magd.-Wittb.	4 57 1/2 B.	Steele. Bohw.	5 —
Quitt.-B.	4 —	do. II. Serie	5 87 3/4 G.
Nach.-Mastr.	4 —	Brl.-Freib.	4 —
Ausl. Act.	4 —	Berg.-Märk.	5 99 1/2 B.
Fr.-B.-Ndb.	4 40 1/4 à 1/2 B.	Ausländische Stamm-Actien.	
do. Priorit.	5 98 B.	Riel-Alt. Sp.	5 93 1/2 B.
Prioritäts-Actien.	4 —	Amst.-R. Fl.	4 48 1/2 B.
Berl.-Anhalt	4 95 B.	Malb. Zhr. frc.	39 B.

Leipzig, den 30. August.

Staatspapiere.	Angeboten.	Gesucht.	Staatspapiere. Actien excl. Zins.	Angeboten.	Gesucht.
Königlich sächsische Staats-Papiere à 3 % im 14 f. F. von 1000 u. 500 f. kleinere	86 1/4	—	Sächs. do. do. à 4 %	—	100 1/2
à 4 % do. do. u. 500 f. do. do. von 500 u. 200 à 5 %	96 3/4	—	Epz.-Dresd.-Eisenb.	—	108 1/4
do. do. kleinere	105 1/2	—	P.-Dbl. à 3 1/2 %	—	—
Königl. sächs. Landesrentenbriefe à 3 1/2 % im 14 f. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	90	Chemn.-M.-Eisenb.	—	—
Act. d. eh. sächs. Charr. C. & G. bis Mich. 1855 à 4 % später à 3 % v. 100 f.	86 3/4	—	Ant. à 10 f. 4 %	—	—
Königl. pr. Steuere. Credit-Kassensch. à 3 % im 20 f. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	—	87 3/4	R. Pr. St.-Schuldscheine à 3 1/2 % im pr. Cour. pr. 100	—	—
Leipz. Stadt-Dobitgationen à 3 % im 14 f. F. v. 1000 u. 500 f. kleinere	95 1/4	—	R. f. österreich. Met. pr. 150 fl. Conv. à 5 % lauf. Zinsen à 4 % à 103 % im à 3 % 14 f. F.	—	—
do. do. 4 1/2 %	—	—	Pr. Preb'or à 5 f. idem auf 100	—	—
Sächs. erbl. Pfandbriefe à 3 1/2 % von 500	—	90 3/8	And. ausl. Louisd'or à 5 f. nach geringem Ausmünzfuß auf 100	—	12
von 100 u. 25	—	100 1/2	Conv.-Spec. u. Sid. auf 100	—	—
à 4 % von 500	—	—	idem 10 u. 20 Kr. auf 100	—	2
von 100 u. 25	—	—	Actien der B. B. pr. St. à 103 %	—	—
Sächs. lauf. Pfandbriefe à 3 %	—	86	Leipz. Bank-Actien à 250 f. pr. 100	—	157 1/2
Sächs. do. do. à 3 1/4 %	—	96	Epz.-Dresd. Eisenbahn-Act. à 100 f. pr. 100	135 1/2	—
			Sächs.-Schlef. do. pr. 100	—	93 3/4
			R. Zitt. do. pr. 100	—	—
			Magd.-Leipz. Div.-Scheine do. pr. 100	—	218
			Chemn.-Rief. C.-M. à 100 f. i. Z. zinslos	22 3/4	—

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und preuss. Geld.)

Magdeburg, den 30. August. (Nach Wispein.)

Weizen	46	—	51	f	Serfte	—	—	—
Roggen	32	—	34	f	Hafer	19	—	21 1/2 f

Berlin, den 30. August.

Weizen nach Qualität 56-60 f.
 Roggen loco 35-37 f.
 = pr. August { 34 à 35 f B., 34 1/2 Br., 34 G.
 = Sept./Oct. {
 = pr. Frühjahr 1851 39 à 39 1/2 f B., 39 Br. u. G.
 Serfte, große loco 26-29 f.
 = kleine 23-25 f.
 Hafer loco nach Qualität 18-21 f.
 = 50pfd. pr. Sept. Oct. 19 1/2 f Br.
 = 40pfd. pr. Frühjahr 21 f Br.
 = 50pfd. 22 f Br.
 Erbsen 40-45 f.
 Kübbel loco { 12 f Br., 11 1/2 G.
 = pr. Aug.
 = Aug./Sept.
 = Sept./Oct. { 12 f Br., 11 7/8 G.
 = Oct./Nov.
 = Nov./Dec.
 = März/April 1851 { 11 1/2 f Br., 11 5/8 B. u. G.
 = April/Mai {
 Feinöl loco 11 3/4 f Br.
 = pr. Aug.-Oct. 11 1/2 f.
 Rohöl 13 1/2 à 13 1/4 f.
 Palmöl 11 3/4 f.
 Südses-Öl 12 1/4 à 12 f.
 Spiritus loco ohne Faß 16 1/2 à 16 1/4 f verk.
 = mit Faß pr. Aug. { 16 à 16 1/4 f verk., 16 1/4 Br., 16 G.
 = Aug./Sept.
 = Sept./Oct.
 = pr. Frühjahr 1851 18 à 17 3/4 f verk., 18 Br. u. G.

Wasserstand der Saale bei Halle.

am 30. August Abends 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 6 Zoll.

am 31. August Morgens 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 6 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg.

am 30. August 31 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 30. bis 31. August.

Im Kronprinzen: Hr. Cand. jur. Degener a. Heiningen. Hr. Kaufm. Schuil a. St. Paolo de Leando. Hr. Capitain Paulsen a. Hamburg. Hr. Appellar.-Ger. Rath v. Pape a. Celle. Hr. Gutsbes. v. Herzfeld a. Giffhorn. Frau v. Blessing a. Hamburg.
Stadt Zürich: Die Hrn. Kauf. Thieme a. Leipzig, Jacobi a. Berlin, Meyer a. Hamburg, Mecke a. Erfurt, Streige a. Kassel, Gallo a. Bremen, Eud a. Berlin.
Goldner Ring: Die Hrn. Kauf. Blümcke a. Weimar, Gerhardt a. Leipzig, Arnold a. Salzburg. Hr. Pred. Seidler a. Rothenschirmbach. Hr. Gutsbes. Beckmann a. Meissen.
Englischer Hof: Hr. Insp. Lehmann a. Mainz. Hr. Dr. med. Deissel a. Wittenberg. Die Hrn. Kauf. Schulze a. Eisenach, Voigt a. Herzberg, Immes a. Berlin.
Goldner Löwen: Die Hrn. Kauf. Sondermann a. Chemnitz, Sanden u. Ramm a. Weimar, Hiller a. Gera. Hr. P.-Sekt. Buchbins der a. Schmölln.
Stadt Hamburg: Hr. Gerichtsrath Lamprecht a. Breslau. Hr. Gutsbes. Köhner a. Pommern. Hr. Oberst a. D. v. Wachsmuth a. Dresden. Die Hrn. Kauf. Sauerbrei a. Hinternach, Liebmann a. Leipzig, Hesse a. Berlin, Gebrhardt a. Merseburg, Traumann a. Lüben.
Goldne Kugel: Hr. Kohgerber Rauppius a. Euhl. Hr. Protokollführer Bahn a. Sudenburg. Hr. Restaurat. Uler a. Wegerleben. Hr. Fabrik. Reil a. Bremen.
Zur Eisenbahn: Hr. Baron v. Papproth a. Berlin. Hr. Rechts-Anwalt Eegemeier a. Königsberg. Die Hrn. Kauf. Landmann a. Leipzig, Brüdner a. Ofen, Reinhardt a. Reichenbach. Hr. Dekon. Glas a. Waltershausen.
Hôtel de Prusse: Hr. Stud. med. Hansgärtner a. Wien. Hr. Brauereibes. Galaskowsky a. Erfurt. Die Hrn. Kauf. Bade a. Berlin, Schäfer a. Merwiz. Die Hrn. Organisten Flöthe u. Freiser a. Stuttgart.

Bekanntmachungen.

Der Herr Oberamtmann Dieke zu Neubeesen beabsichtigt in der von ihm zu Beesenlaublingen erbauten Zuckerfabrik noch sechs Dampfessel aufzustellen.

In Gemäßheit des §. 29 der Allg. Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 bringe ich dies hierdurch mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniß, daß etwaige Einwendungen gegen diese Aufstellung binnen 4 Wochen präklusivischer Frist bei mir anzubringen sind.

Halle, am 29. August 1850.

Der Landrath des Saalkreises.
v. Bassewitz.

Bekanntmachung.

Das im Wolmirstedter Kreise, zwei Meilen von Magdeburg, an der dahin führenden Chaussee und an der Magdeburg-Wittenberger Eisenbahn belegene königliche Domainen-Amt Schloß Wolmirstedt mit

1013 Morgen	2	□ Ruthen	Ackerland,
411	=	3	= Wiesen,
5	=	108	= Gärten,
7	=	153	= Aenger,

soll mit den dazu gehörigen königlichen Wohn- und Wirtschaftsbauwerken und mit der auf dem Amtshofe befindlichen Branntwein-Brennerei von Johannis 1851 ab auf achtzehn hinter einander folgende Jahre zur öffentlichen meistbietenden Verpachtung gestellt werden.

Qualifizierte Pachtlustige werden eingeladen, sich in dem auf den 30. September d. J. Vormittags 10 Uhr in unserem Sessions Zimmer anstehenden Termine einzufinden, um ihre Gebote abzugeben.

Die Licitations- und Verpachtungs-Bedingungen liegen in unserer Domainen-Registratur und auf dem Schloß-Amt Wolmirstedt zur Einsicht bereit.

Magdeburg, den 11. Aug. 1850.

Königliche Regierung,

Abtheilung für die Verwaltung der directen Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachung.

Im Geschäfts-Lokale des unterzeichneten Gerichts sollen auf

den 16. September c.

von Vormittags 9 Uhr an

30 Centner cassirte Aktien durch den Herrn Kanzlei-Direktor Florstedt öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Eisleben, den 24. August 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
Falter.

Ein Bursche, am liebsten vom Lande, kann in die Lehre treten beim Bäckermeister Fr. Kocher, Strohhof Nr. 2055.

Freiwillige Subhastation.

Das zu Lindenau unter Nr. 1 des Brand-Catasters eingetragene, 1/2 Stunde von Leipzig, dicht an der Chaussee nach Frankfurt a. M. äußerst angenehm gelegene, und in dem schönsten Zustande befindliche, Herrn Louis Sellier in Leipzig zugehörige Haus- und Gartengrundstück sammt Zubehör — welches bisher als Sommerwohnung benutzt worden ist, sich jedoch, wegen seiner Lage an der Luppe der ganzen Länge nach, auch zu Anlegung einer Fabrik ganz vorzüglich eignet — soll

den 18. September 1850

an Ort und Stelle, mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, durch den Unterzeichneten öffentlich versteigert werden.

Kauflustige haben sich an dem oben bemerkten Tage in dem zu veräußernden Grundstücke einzufinden, ihre Gebote zu thun, und nach 12 Uhr sich der Versteigerung, wie des Weitern gewärtig zu halten.

Eine ungefähre Beschreibung des Grundstückes, wie die Bedingungen des Verkaufs hängen in der Expedition des Unterzeichneten, und in dem Grundstücke selbst, beim Gärtner, aus, und werden auf Verlangen Abschriften davon, gegen Erstattung der Copialien, ertheilt.

Täglich von 3 bis 6 Uhr Nachmittags kann das Grundstück in Augenschein genommen werden und ist sich diesfalls beim Gärtner zu melden.

Leipzig, am 13. August 1850.

Adv. Rour, requir. Notar,
Barfußgasse Nr. 2.

Mühlen-Verkauf.

Im Auftrage des Gastwirths Zahn zu Groß-Polei werde ich dessen, zwischen Groß- und Klein-Polei — unweit Bernburg — belegene, erst vor fünf Jahren neu erbaute, amerikanische Backwindmühle

Mittwoch den 4. September

Vormittags 11 Uhr

im Gasthose zu Groß-Polei öffentlich auf Meistgebot verkaufen. Die Verkaufsbedingungen liegen bis zum Termine in meinem Bureau zur Einsicht bereit. Auch werden annehmbare Gebote rechtzeitig vor dem Termine angenommen.

Bernburg, d. 22. August 1850.

Der Advocat
A. Delze.

Freiwilliger Hausgrundstücks-Verkauf in Merseburg. Verändershalber bin ich gesonnen, das mir zugehörige, in hiesiger Unteraltenburg unter Nr. 811, der Pfarrwohnung gegenüber und sehr freundlich gelegene, im besten baulichen Zustande befindliche, früher Steuer-rath Kutter'sche Wohnhaus, mit 7 heiz-

baren Stuben, Kammern, Küchen, Hof, Garten und Gartenhaus, sowie Pferde-stall und Waschküchen,

Sonnabend den 7. September cr.
Nachmittags 3 Uhr

im Hause selbst, meistbietend, unter den zuvor bekannt zu machenden Bedingungen, zu verkaufen, wozu ich Kaufliebhaber hiermit einlade.

Merseburg, den 29. August 1850.

Christian Wächter,
Gasthospächter in Schkopau.

Guts-Verkauf.

Das mir zugehörige im hiesigen Dorfe belegene Ackergut, in welchem zugleich die frequenteste Gast- und Schenkwirtschaft betrieben wird, und wozu 223 Morgen separirtes Ackerland inclusive des mit Kiefern gut bestandenen Waldbodens, so wie 25 Morgen sehr ertragsfähige Wiesen gehören, beabsichtige ich sofort aus freier Hand veränderungs halber unter sehr annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Die Gebäude nebst Tanzsaal sind fast sämmtlich neu.

Schleesen bei Gräfenhainichen,
den 26. August 1850.

Krüger.

Ein in gutem baulichen Stande sich befindendes Haus auf hiesiger Herrenfreiheit, 50 Fuß in der Front lang, mit fünf bewohnten Quartieren, großem Keller, bequemer Thorfahrt, circa 18 □ Ruthen Hofraum und Gärtchen, sehr Familienverhältnisse halber aus freier Hand sofort zu verkaufen.

Auskunft hierüber ertheilt auf portofreie Anfragen oder mündlich

A. Hartensfeld,

Engelgasse und Reifsenplatz-Ecke Nr. 565.
Raumburg a/S., d. 22. Aug. 1850.

Anzeige

für Rübenzuckerfabrikanten.

In der besten Rüben-Culturgegend des Herzogthums Bernburg, ganz in der Nähe vieler Zuckerfabriken, wird ein Areal von über 500 Magdeburger Morgen, durchgehends Rübenboden, baldigst pachtlos.

Diese Grundstücke sollen anderweit verpachtet werden und ist das Nähere in der Expedition des Couriers unter portofreier Rubrik und den Buchstaben B. M. zu erfragen.

Zur Verpachtung des Schützenhauses zu Glaucha haben wir eine Submission eröffnet und bitten wir Pachtlustige ihre Offerten schriftlich bei dem zeitigen Hauptmanne der Gesellschaft, Herrn Zimmermstr. Scharre, bis Donnerstag den 5. Sept. versiegelt einzureichen. Die Bedingungen sind bei genanntem Hauptmanne einzusehen und beginnt die Pachtzeit den 1. October d. J.

Der Vorstand.

Die Besorgung neuer Zinscoupons zu Preuß. Staatsschuldscheinen übernehmen wir gegen eine billige Vergütung.
Halle, den 18. August 1850.

H. F. Lehmann,
A. W. Barnitson & Sohn.

So eben ist erschienen:

Die Weltkunde

in einer planmäßig geordneten Rundschau
der wichtigsten neueren Land- und Seereisen.

Nach Dr. Wilh. Harnisch.

Neu herausgegeben
von Friedr. Feinzelmann.
Fünfter Band.

Enthaltend
Reisebilder und Skizzen aus Frankreich.
24 Bogen, mit Kupfern und Karten.

Preis 1 Thlr.

Leipzig bei Friedrich Fleischer.

Die durch Zeitumstände unterbrochene Fortsetzung dieses eben so interessanten als wichtigen Werkes wird hiermit geliefert und schnelle Folge der übrigen Bände versprochen. Ein neuer Prospectus, den jede Buchhandlung liefern kann, besagt das Nähere. Es dürfte wohl kaum ein angenehmeres und belehrenderes Buch geben, welches man mit Vertrauen in die Hände der reiferen Jugend und überhaupt jedes Gebildeten legen könnte, als eben dieses. Die ersten 4 Bände kosten 4 $\frac{1}{2}$ Thlr. Jeder Band behandelt ein Ganzes und ist auch einzeln zu haben.

Die erwarteten **angefangenen Stickereien**, bestehend in: **Mubekissen, Kalender-Notizbüchern, Fußbänken, Lampentellern, Börsen, Lichtschirmen, Schuhen** u. dgl., sind so eben in den neuesten Mustern angekommen und empfiehlt
Albert Hensel.

Schwarze u. coul. wollene Spitzen, von 2
bis 12 $\frac{1}{2}$ Sg à Elle, empfing so eben
Albert Hensel, alte Post.

Ich bin beauftragt, 25, 50, 100, 200
und 300 R ρ gegen gute Sicherheit sofort
auszuleihen.

Serbstedt, den 29. August 1850.
Der Commissions-Agent
W. Krumme.

Mein **Färbereigeschäft**, das einzige
im Ort, welchem 3 Städte und 19 Dörfer
Arbeit zuführen, so daß stets 2 Ge-
hülfen zu beschäftigen sind, will ich aus
freier Hand verkaufen.

A. Reinicke in Altleben a/S.

Windruthen
hat zur Auswahl und empfiehlt
Trotha. Aug. Lüttig.

Frischer Kalk
Montag bis Freitag vom 2. bis 6. Sept.
in der Siebichensteiner Amtsziegelei.

Verpachtung. Die Ziegelscheune zu
Lümping bei Tamburg a. d. Saale
wird zu Martini dieses Jahres pachtlos,
und soll dieselbe zu genannter Zeit wieder
aufs Neue verpachtet oder einem Rech-
nungsführer übergeben werden. In bei-
den Fällen wird eine entsprechende Caution
verlangt. Das Nähere hierüber erzählt
man im Comptoir der Zuckerfabrik.

Lümping, d. 30. Juli 1850.

Bogt & Comp.

Frischer Kalk an den 3. September in
der Kirchner'schen Ziegelei am Klausthor.

Den Pferdliebhabern zur Nachricht, daß
wir Donnerstag den 5. Sept. d. J. mit
einem starken Transport 1 $\frac{1}{2}$ jähriger Foh-
len hier eintreffen werden.

Gebrüder Kersten
in Gröbzig am Markte.

Gebauersche Buchdruckerei in Halle.

Auf dem Rittergute Droyßig bei Zeitz
wird ein zuverlässiger Hofmeister als auch
ein geschickter Stellmacher sofort gesucht.

$\frac{6}{9}$. L. A. T. $\frac{20}{9}$ M. I. Br.

Magdeburger Bahnhof.

Sonntag den 1. Septbr. Gesellschaftstag
und Tanzvergnügen. Anfang 4 Uhr.

Morgen, Montag, den 2. September,
zum Landsberger Markt ladet zur
Tanzmusik ergebenst ein
Marggraf in Schwäz.

Familien-Nachrichten.

Todes-Anzeige.

Am 28. d. Mts. früh 7 Uhr entschlief
sanft und ruhig, nach langen und schwe-
ren Leiden, die Ehefrau des Kontrolleur
Schüttendübe, Dorothea geborne
Stumm, in ihrem angetretenen 49. Le-
bensjahre.

Diese Trauerkunde zeigen wir theilneh-
menden Verwandten und Freunden hier-
durch ergebenst an.

Querfurt, den 29. August 1850.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die be-
trübte Nachricht, daß uns Gott wiederum
eine harte Wunde geschlagen, indem er
am 30. August Abends 11 $\frac{1}{2}$ Uhr un-
sere Tochter, die Wittwe Drling, ge-
borne Koch, in ihrem 33sten Jahre ihrem
Bruder in die Ewigkeit nachgerufen hat.

Die trauernde
Tochter, Eltern, Geschwister und
Schwäger.

Todes-Anzeige.

Ein guter, guter Mensch, der Maurer-
meister Friedrich Pöncke, starb am
29. d. M. 1 $\frac{1}{2}$ Uhr Mittags in Merse-
burg an der Cholera. Mit Bitte um
stilles Beileid zeigen dieses hiermit an
dessen Eltern und Geschwister.
Bedra u. Merseburg, d. 30. Aug. 1850.

Todes-Anzeige.

Heute Vormittag 9 $\frac{1}{2}$ Uhr starb an
einer Lungenlähmung nach kurzem Kran-
kenlager im 81sten Lebensjahre mein guter
Mann, der Rentier Georg Böhme.
Verwandten und Freunden widmet diese
Anzeige

die trauernde Wittwe
Wilhelmine Böhme.
Löbjeun, den 30. August 1850.

Deutschland.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten. Die „Börse“ berichtet nach einem Privatschreiben von der Insel Amrum, daß die bei dieser Insel liegenden drei schleswig-holsteinischen Kanonenböte Mitte dieses Monats ein kleines Rencontre an der Nordseite dieser Insel mit einem kleinen dänischen Kriegsfahrzeuge gehabt, dessen Resultate gewesen, daß das dänische Fahrzeug die Flucht ergreifen mußte. Die schleswig-holsteinischen Kanonenböte haben sämmtliche, den Strandbögen dieser Insel und der nahe liegenden Insel Föhr gehörenden Fahrzeuge weggenommen, um jede Kommunikation derselben mit den Dänen zu verhindern. Auf Osterland-Föhr, welcher Theil der Insel zu Schleswig gehört — Amrum und die Westseite von Föhr gehört zu Sütdland — haben die Deutschen eine Marine-Session abgehalten. Sechs junge Leute haben sich freiwillig gestellt. Seit einigen Tagen sollen nun auch, nach den Mittheilungen eines gut unterrichteten Mannes, drei dänische Kriegsfahrzeuge — die Korvette „Flora“, eine Fregatte und ein Dampfer — in der Westsee sein, die es auf die schleswig-holsteinischen Kanonenböte abgesehen haben. Der kleine schleswig-holsteinische Dampfer „Kiel“ ist in der Eider, wonach sich die aus Kopenhagen gemeldete Nachricht, der „Kiel“ sei erobert, nun in der That als eine Mystifikation erweist.

Aus Rendsburg wird unter dem 29. d. den Hamb. N. geschrieben: „Am gestrigen Tage rückten unsererseits zwei Kompagnien zum Zweck einer Rekognoscirung von Stenten und Duvenstedt nach Norden aus; eine halbe Stunde jenseits Breitenborn stießen sie auf eine stehende feindliche Kavalleriepatrouille, die nach Verlust von zwei Todten und einem Verwundenen, der in unsere Hände fiel, sich nördlich zurückzog. Unser Detachement ging bis in die Nähe des Dannewerk vor; die Dänen schickten ihm 5 Bataillone entgegen, worauf es wieder in seine Kantonnements zurückging. Der Feind, der mit einer ganzen Brigade bei Kochendorf, zwischen Fleckebye und Eckersförde stand, hat sich von dort über die Schlei nach Missunde und Brodersbye zurückgezogen, so daß Eckersförde im Osten so gut wie aufgegeben erscheint. Das Centrum der Dänen in Schleswig hat seine Vorposten von Fleckebye an (das mit Missunde in Verbindung gesetzt ist) diesseits der Schlei längs des Dannewerks. Im Westen ist noch immer Friedrichstadt das Hauptquartier der Avantgarde des rechten Flügels.“

Ein ehemaliger schwedischer Offizier, Namens Lindström, der im vorigen Feldzuge in den Reihen der Dänen gefochten, soll in die schleswig-holsteinische Armee eingetreten sein. Wie es heißt, hat General von Willisen ihn nicht ohne Bedenken aufgenommen. Die Hamburger Blätter versichern, daß die Dänen mit den im Schleswigschen requirirten Naturalien Handel treiben, und zwar, daß sie dieselben an die russische Flotte absetzen.

Die Westseite Schleswigs, nach Friedrichstadt hin, ist mit telst der Treene von den Dänen ganz unter Wasser gesetzt, so wie die dortigen Uebergangspunkte stark von ihnen verschanzt sind.

Aus Altona wird vom 29. Abends gemeldet, daß eine schleswig-holsteinische Rekognoscirungsgruppe bis zum Dorfe Seick vorgegangen sei. Sonst ist nichts Neues vorgefallen.

In Hamburg ist der Freiherr Heinrich v. Arnim eingetroffen; man nimmt an, derselbe werde in die schleswig-holsteinische Armee eintreten.

Die „B. H.“ bringt ein neues Schreiben des schleswig-holsteinischen Departements der auswärtigen Angelegenheiten an den Lübecker Senat, in Erwiderung auf das Schreiben des letz-

teren vom 17. d. M. in Betreff des Verfahrens der Travenmünder Behörden gegen das Kanonenboot „von der Tann“, worin namentlich der Antrag auf schiebsrichterliche Entscheidung, der in dem Lübecker Schreiben ganz mit Stillschweigen übergangen ist, wieder aufgenommen wird.

Berlin, d. 31. August. Nach vielerlei Anzeichen gehen die Absichten Oesterreichs und der übrigen europäischen Mächte dahin, Deutschland wenigstens in sich zu spalten, wenn es nicht gelingt, Preußen und seine Bundesgenossen entweder offen unter die Botmäßigkeit des Bundestags zu bringen, oder demselben durch völkerrechtliche Konsequenzen die Falle zu stellen, daß es die Autorität des Bundestages indirekt anerkenne. Wenigstens schmeicheln sich die Erbauer des Bundestages mit der Hoffnung, daß der sehr geringe diplomatische Verkehr, der mit dem alten Bundestage von auswärtigen Mächten unterhalten wurde, auch auf ihr Werk übertragen werden möchte. Andererseits haben Preußen und Oesterreich ihren wichtigen diplomatischen Verkehr in Berlin und Wien, und es würde so wiederum der Anfang zur innern Trennung Deutschlands gemacht, welche die Selbstauflösung des Bundestags und alles Folgende verhüten sollte. Die Union hat ihren Rechtsboden in der Befugniß deutscher Staaten, engere Bündnisse zu stiften, die dem weiteren Bunde nicht schaden. Was sie hierbei für sich in Anspruch nimmt, ist sie unabweislich genöthigt, auch Anderen im Bunde zuzugestehen. Auf diese Weise könnte, im Mißbrauche des einzelnen Coalitirens und durch willigste Hülfe der auswärtigen Diplomatie, das Ganze des Bundes auf das Aeußerste gefährdet werden, wäre nicht in der parlamentarischen Vertretung das Mittel gegeben, durch die Mitwirkung der Nation selbst, die Nation und ihre Bundesconstruction zusammenzuhalten. Die nige deutsche Staaten-Coalition, welche das Parlament festhält und in entscheidender Stunde beruft, bewahrt Deutschland vor dem Zerfallen, und erhebt sich dadurch über jede noch so staatskluge Rivalin, in welcher lediglich Regierungen vertreten sind. Dies ist das Schuttmittel der Union für das Bundesinteresse und für ihr eigenes.

Aus einer Quelle, der das Correspondenz-Bureau zu vertrauen allen Grund zu haben meint, wird ihm als thatsächlich verbürgt: Das österreichische Truppencorps in Borsalberg habe bestimmten Befehl, sofort in Baden einzurücken, wenn weitere badische Truppen das großherzogliche Gebiet zu dem Zwecke verlassen, um nach preussischen Garnisonen zu marschiren. Die diesseitige Regierung habe diese Nachricht auf nichtdiplomatischem Wege erhalten und in Folge hiervon sofort Veranstaltung getroffen, daß der Abmarsch der noch zurückgebliebenen großherzoglichen Truppen unverzüglich erfolge.

Kassel, d. 28. Aug. Die N. H. Z. schreibt: Die öffentlichen Blätter bringen so verschiedene, zum größten Theile durchaus unrichtige und wahrheitsentstellende Nachrichten über die Wirksamkeit der hiesigen (9.) General-Zoll-Conferenz, welcher sie auch insbesondere eine gewisse Unthätigkeit vorwerfen, daß eine deshalbig Berichtung im Interesse des Publikums nur um so mehr erwünscht sein kann, als der Zweck derartiger Conferenzen der Zollvereinten Staaten im Allgemeinen kaum gekannt zu werden scheint. Daß die Tarifverhandlungen bei ihrer unmittelbaren Einwirkung auf die materiellen Interessen und die Verkehrsverhältnisse stets den bei weitem wichtigsten Punkt der Berathung ausmachen, ist gewiß nicht zu verkennen, eben so wenig aber auch, daß bei der Conferenz nebenbei stets über eine Menge anderer hochwichtiger, tie innere Administration des Zollvereins betreffender, Angelegenheiten verhandelt wird, abgesehen davon, daß dieselbe außerdem noch als oberste Instanz des letz-

teren immer vielsache, ihr vorbehaltene Fragen zu entscheiden hat. Ihre Thätigkeit hat sich daher bis jetzt nur auf Geschäfte der letzteren Art erstreckt und es ist namentlich der Entwurf eines Regulativs für die zollamtliche Behandlung des Gütertransportes auf den Eisenbahnen vorzugsweise, ein Gegenstand von ganz besonderer und eingreifender Bedeutung, neben der Erledigung vieler anderen Angelegenheiten vereint worden. Eine Berathung des Tarifs hat allerdings, einige allgemeine Besprechungen abgerechnet, noch nicht stattgefunden, konnte aber auch bis jetzt nicht vorgenommen werden, da in dieser Hinsicht bezüglich der dabei vorkommenden, seit Jahren vielfach besprochenen und verhandelten, Hauptfrage der proponirten Erhöhung der sogenannten Garnzölle in Verbindung mit Rückzöllen, auf deren Einführung von Seiten Baierns, Württembergs und Badens im Interesse ihrer Gewerbtreibenden ein ganz besonders hoher Werth gelegt wird, noch weitere Erklärungen des Königlich Sächsischen und des Herzoglich Braunschweigischen Bevollmächtigten abgewartet werden. Ob aber, im Hinblick auf die dormalige politische Gestaltung der Dinge und auf die sonst in Betracht kommenden Verhältnisse ein Eingehen auf die gemachten Propositionen allgemein für zulässig werde erachtet werden, steht dahin. Sachsen, mit ihm freilich auch sämmtliche süddeutsche Staaten, wünscht vor allen Dingen die Anbahnung einer Zoll- und Handelsverbindung mit Oesterreich, scheint sogar hiervon, was bei den süddeutschen Staaten nicht der Fall ist, seine definitive Beschlußnahme in Bezug auf die Tarifverhandlung gewissermaßen abhängig machen zu wollen, möchte auch bei dem Eintreten solcher Tarifveränderungen, welche für seine Hauptindustrieweige von so großem Einflusse sind, eine Garantie haben, daß der Zollverein auch über das Jahr 1852 fort-dauert; Braunschweig erscheint dagegen jenen Vorschlägen in keiner Weise geneigt, was bei der eigenthümlichen geographischen Lage des Herzogthums, dem Steuervereine gegenüber, in Verbindung mit der in dem ganzen Norden Deutschland herrschenden Abneigung gegen Schutzzölle, wohl seine genügende Begründung findet. Beharrt Braunschweig bei seiner Ansicht, was beinahe mit Sicherheit zu erwarten sein dürfte, dann wird bei der Bestimmung, daß nicht Stimmenmehrheit, sondern Stim-meneinhelligkeit entscheidet, kaum eine Aenderung in den dormaligen Tariffachen eintreten, da alsdann auch voraussichtlich die weniger erheblichen Vorschläge wegen Aenderung einzelner Tariffache einer Berathung nicht werden unterworfen werden. In diesem Falle dürften sich die Sitzungen der Conferenz nicht über den Monat September d. J. hinaus erstrecken. Uebrigens steht, dem Vernehmen nach, zu erwarten, daß wegen Fortdauer des mit Belgien abgeschlossenen, vor einiger Zeit bekanntlich gekündigten Handelsvertrags noch auf der dormaligen Generalconferenz, welcher die Sache in die Hand gegeben werden dürfte, Verhandlungen stattfinden werden.

Wien, d. 28. August. Der „österreichische Korrespondent“ ist ganz entrüstet darüber, daß nun auch die „Neue Preussische Zeitung“ „keinen Anstand nimmt, in den Chorus von Gefährdung preussischer Ehre einzustimmen.“ Er sei berechtigt, sich zu verwundern, wenn ein Organ von so scharf ausgesprochener Tendenz, „von so klar und so wiederholt dargelegten Grundsätzen“, ein Organ, dem die österreichische Regierung immer den Willen gethan habe, ganz plötzlich diese Wendung nehme.

Eine gestern Abends eingetroffene telegraphische Depesche meldet den Beitritt Oesterreichs zu dem bekannten londoner Protokolle. Der österreichische Korrespondent will die Bestätigung dieser Nachricht abwarten, um zu vernehmen, ob die von Oesterreich ursprünglich gemachten Bemerkungen zeitig genug gewürdigt und die daran geknüpften Bedenken gehoben werden

konnten. Die Zweifel des Korrespondenten werden inzwischen gelöst, denn die „Brünner Presse“ enthält über die Unterzeichnung, welche sie mit der Anwesenheit des Grafen Nesselrode in Oesterreich in Verbindung bringt, einiges Nähere: „der Ministerpräsident, Fürst Schwarzenberg, — schreibt sie aus Wien — ist gestern nach einer kurzen Konferenz mit dem hier anwesenden Grafen Nesselrode nach Ischl an das Hoflager Sr. Majestät abgereist. Auch der eben genannte russische Minister des Aeußeren, anfangs entschlossen, die Ankunft des Kaisers hier abzuwarten, hat seinen Entschluß geändert und will entweder noch heute oder morgen ebenfalls die Reise nach Ischl antreten. Doch wird er im Gefolge Sr. Maj. wieder nach Wien zurückkehren.“

In diplomatischen Kreisen versichert man, daß dem Absecker, welchen der Nestor der russischen Diplomatie auf seine Rückkehr von Wiesbaden nach St. Petersburg hierher gemacht hat, wichtige politische Interessen zu Grunde liegen. Einen wesentlichen Theil der ersten Unterredung, welche zwischen dem Grafen Nesselrode und dem Fürsten Schwarzenberg stattfand, bildete das zweite londoner Protokoll über die schleswig-holsteinische Angelegenheit und die Weigerung des Repräsentanten der österreichischen Regierung, dasselbe zu unterzeichnen. Der russische Premier suchte seinen österreichischen Kollegen zu bewegen, nachträglich den Beitritt zu den Beschlüssen der drei Großmächte auf offizielle Weise zu erklären. Fürst Schwarzenberg machte alle jene aus halb-offiziellen Mittheilungen sattsam bekannten Gründe geltend, welche bei der Stellung Oesterreichs zu Deutschland gegen dessen unbedingte Zustimmung zu den Artikeln des londoner Protokolls sprechen. Unmittelbar nach dieser Unterredung, in welcher übrigens auch die deutsche Frage und der diplomatische Konflikt mit Preußen zur Sprache gekommen sein soll, versammelten sich die Minister im Hotel der Staatskanzlei zu einer ziemlich lange dauernden Berathung. Fürst Schwarzenberg trat in Folge dieses Ministerrathes, nachdem er dem Grafen Nesselrode noch einen Besuch gemacht und eine kurze Besprechung mit demselben gepflogen hatte, die Reise nach Ischl an.

Italien.

Turin, d. 23. August. Endlich sprechen sich in der hiesigen Presse und im Publikum Gerüchte und Muthmaßungen darüber aus, daß der Mission des Cavaliers Pinelli nach Rom eine Note in versöhnlicherem, wenigstens nicht in bedrohlichem Sinne von dorthin vorhergegangen sei. Gleichviel, ob Cardinal Antonelli sich direkt an das sardinische Gouvernement gewendet oder indirekt vermittelt persönlicher oder schriftlicher Verhandlung mit dem sardinischen Gesandten am römischen Hofe, dem Marquis v. Spinola, die Thatsache an sich, daß die römische Curie den Weg der Verhandlung betreten, statt in offen feindlicher Weise zu brechen, und daß das hiesige Cabinet seit mehreren Tagen von den Intentionen Roms Kunde erhalten und auf diese Kunde hin Hrn. Pinelli zur Erweiterung der Verhandlungen nach Rom gesendet hat, diese Thatsache wird sich schwer in Abrede stellen lassen, und die Regierung selbst wird sie wohl zur geeigneteren Zeit bekennen. Wir sind weit entfernt davon, den Cabinets-Mitgliedern aus der Geheimhaltung der eingeleiteten Schritte einen Vorwurf zu machen, müssen vielmehr dieses Verhalten bei der herrschenden Aufregung der Gemüther, bei der Indiscretion und Ungeduld eines Theiles der Presse, bei der Beschaffenheit mehrerer Streitpunkte und den Inconvenienzen derselben für beide Theile, als durchaus besonnen und von der Klugheit geboten bezeichnen. In vielen anderen und nicht unbedeutenden Fällen hat die sardinische Regierung sonst dargethan, daß sie nicht der alten verwitterten Diplomatie anhängt, welche, ohne die Stimme der öffentlichen

Meinung zu berücksichtigen, im geheimnißvollsten Dunkel einseitige Verhandlungen von mehr oder weniger factiosen Anstiche zu leiten geruht. Mit der Sendung des Hrn. Pinelli mag ein Gerücht, welches sich gestern in einigen engeren Kreisen verbreitete, in Zusammenhang stehen. Es heißt nämlich, daß Herr d'Azeglio, Minister-Präsident und Minister des Auswärtigen, Hr. Salvagno, Minister des Innern, und Hr. Lamarmora, Kriegsminister, zurückzutreten beabsichtigen, und daß Hr. Siccardi, Minister der Justiz, in diesem Falle bereits designirt sei, das Cabinet nach seiner Wahl zu modifiziren. Man kann diesem Gerüchte für den Augenblick keine größere Bedeutung beilegen, wenn man auch zugestehen muß, daß eine Ministerkrisis in nicht zu fernem Ausblick steht. Mit ziemlicher Gewißheit läßt sich voraussagen, daß mit dem Rücktritt des Hrn. d'Azeglio auch der des Hrn. Siccardi bevorsteht, selbst wenn nur ein Personen- und kein Systemwechsel Statt haben wird.

Frankreich.

Paris, d. 28. August. Der Tod Louis Philippe's in der Verbannung ist ein weit mehr das Gefühl als die Wirklichkeit berührendes tragisches Ereigniß, das auch heute fast in allen Blättern nur in diesem Sinne besprochen wird. Die „Presse“ meint, die Eintracht in der Familie Orleans in Hinsicht auf deren Stellung zum Grafen von Chambord sei jetzt zerstört, und besonders werde die Herzogin von Orleans fester als je an den Ansprüchen des Grafen von Paris halten. Die „Debats“ sprechen heute ihre Ueberzeugung vom Fortbestehen der Eintracht in der Familie Orleans in einer Weise aus, die eher wie die Befürchtung des Gegentheils aussieht. Die legitimistischen Blätter scheinen noch nicht recht zu wissen, was sie sagen sollen. Im Ganzen legt keine Partei Ludwig Philippe's Tode sehr entschiedene und schon jetzt zu bezeichnende Folgen bei.

Die zu Nancy, Metz und Straßburg vorgenommenen Ver-

haftungen sollen mit einem zuerst vom „Abend-Moniteur“ angezeigten Complot gegen L. Napoleon, über welches jedoch noch alle bestimmten Angaben fehlen, in Verbindung stehen, und zu Nancy in Folge von Hausdurchsuchungen wichtige Papiere in Beschlag genommen worden sein. Der zu Straßburg verhaftete Bürger „Gerber“ soll ausdrücklich des Complots gegen das Leben des Präsidenten angeklagt sein. — Unsere römische Armee wird abermals vermindert; ein Bataillon hat Befehl zur Einschiffung nach Algerien erhalten. — Ein Theil der jetzt zu Cherbourg liegenden Flotte soll nach Brest segeln, um dort entwaffnet zu werden. — Aus dem Süden wird die Entdeckung eines neuen Complots gemeldet, das über mehrere Departements verzweigt war und auf Signale aus Paris und Marseille als Aufstandsversuch losbrechen sollte.

Paris, d. 28. August. Napoleon hat bereits Chalons und Rheims passirt. Nach halbofficiellen Berichten soll d. r. Empfang desselben im Marne-Departement ein glänzender gewesen sein. Man erwartet bei der Ankunft des Präsidenten hier eine sozialistische und eine bonapartistische Demonstration.

Die Präsidentenwahlen in den „Conseils generaux“ sind durchschnittlich konservativ ausgefallen. Wahrscheinlich werden Wünsche für Verfassungsrevision laut werden.

In Metz speisfen mehrere preussische Offiziere mit dem Präsidenten, nachdem sie der Revue beigewohnt, bei welcher vorherrschend: „vive la republique!“ gerufen wurde. In Pont Mousson sang die Nationalgarde mitten in der Revue die Marschälleise.

Paris, d. 29. August. Der Präsident ist zurückgekehrt. 37 Personen sind verhaftet worden. Der Gemeinderath des Aube-Departements hat sich für Revision der Verfassung ausgesprochen. Die Generalräthe sind zu Kundgebungen für die Konstitution und gegen die Pläne des Präsidenten aufgefordert worden.

Bekanntmachungen.

Diejenigen Einwohner der Landgemeinden des Saalkreises, welche im Jahre 1851 ein bisher betriebenes Hausir-Gewerbe fortsetzen oder ein solches neu anfangen wollen, werden hierdurch aufgefordert, sich in den Tagen

vom 23. bis 28. September d. J. des Vormittags von 8—12 Uhr

persönlich in meinem Geschäfts-Bureau zu melden.

Diejenigen, welche einen Gewerbeschein bereits besitzen, haben solchen, so wie ein Wohlverhaltens-Zeugniß ihrer Ortsbehörde, diejenigen aber, welche ein Hausirgewerbe erst anfangen wollen, außer einem Zeugniß über ihre bisherige Führung auch einen Nachweis über ihr Alter beizubringen.

Nur diejenigen, welche bis zum 28. September d. J. sich zu einem Gewerbeschein bei mir melden, werden in die bis zum 10. October d. J. der Königlichen Regierung vorzuliegende Liste der Hausirer aufgenommen, wogegen die, welche innerhalb obiger Frist sich nicht melden, es sich selbst zuzuschreiben haben, wenn sie auf

spätere Anmeldung den Gewerbeschein erst nach dem 1. Januar 1851 erhalten und sonach den Betrieb ihres Gewerbes nicht mit Eintritt des Jahres 1851 beginnen können.

Sämmtliche Schulzen fordere ich hierdurch auf, gegenwärtige Bekanntmachung zur Kenntniß ihrer Ortsbewohner zu bringen.

Halle, am 29. August 1850.

Der Landrath des Saalkreises
v. Bassowik.

Schmiede-Verkauf.

Ich beabsichtige meine in Trebitz bei Bettin belegene Schmiede nebst Wohnhaus veränderungshalber sofort zu verkaufen oder auch zu verpachten.

Meuser, Schmiede-Mstr.

Es sind auf dem Schülershofe Nr. 757 eine große Auswahl neuer Verchenneke von 30—33 Ellen am allerbilligsten beim Halloren Keller zu verkaufen. Bei $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{2}$ Duzend gebe den Wiederverkäufern ansehnlichen Rabatt. Auch sind große Busch-rehbühnerneke von 4—25 Ellen zu haben.

Schiffbauerei-Verkauf.

Eine sehr frequente Schiffbauerei an der Saale, neuen massivem Wohnhause, vorzüglich guter Lage, soll veränderungshalber mit sämmtlichen Geräthschaften für den billigen Preis von 1400 R Cour. mit der Hälfte Anzahlung sofort verkauft werden.

Näheres hierüber ertheilt
Friedrich Reinicke in Alsleben a/S

Ackergrüter-Verkauf.

Mehrere Ackergrüter im Preise von 4 bis 20,000 R, mit sämmtlichem Inventar und Erndte, sind mit $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{3}$ Anzahlung sofort zu übernehmen.

Näheres hierüber ertheilt
Friedrich Reinicke in Alsleben a/S

Bei Aufgang der Jagd empfehle ich mein Lager von seinem, starken französischen und rheinischen Schießpulver,

Englisch Patent-Schroot in allen Nummern,
Kupferhütchen mit und ohne Decke,
Weiches Blei und Ladepfropfen zu billigen Preisen bei bester Waare.

W. Fürstenberg in Halle.

Bei **Rosch & Comp.** in Frankfurt a/D. ist soeben erschienen und daselbst sowie in allen Buchhandlungen zu haben (in Halle vorräthig bei **Wfeffer** [Schwetschke'sche Sort.-Buchh.]):

Populäre Landwirthschaftslehre.

Ein Leitfaden

zu den

Vorträgen in Ackerbauschulen und zum Selbstunterricht

von

C. E. Kielmann,

Direktor der Ackerbauschule in Haasensfelde.

II. Abtheilung: Wiesenbau, Viehzucht, Seidenbau, Bienenzucht.

Mit fünf Steindrucktafeln. 1 *Rfl* 10 *Sgr*.

Preis für beide Abtheilungen 2 *Rfl* 20 *Sgr*.

Gut gehaltene zweispännige Reitwagen mit eisernen Achsen werden zu kaufen gesucht durch **Kleemann** in Halle.

Ein rüstiger, mit guten Attesten versehenener Hofmeister findet von Weihnachten ab auf einem großen Gute Dienst gegen sehr gutes Lohn. Näheres durch **Kleemann**, Nr. 2154.

Ein sehr gutes Pianoforte ist billig zu verkaufen **Hallgasse** Nr. 808.

Große süße böhmische Pflaumen empfiehlt **August Gutezeit**.

Taubstummen-Anstalt.

Von **R.** empfing obige Anstalt 5 *Rfl*, von **Hrn. Gr. J. v. B.** in **G.** 5 *Rfl* und von **Hrn. B.—dt.** in **Pößnitz** 10 *Sgr*. Den menschenfreundlichen Gebern, die auch in der Zeit der allgemeinen Trauer unserer Anstalt liebend gedenken, sagen wir unsern innigsten Dank.

Halle, den 30. August 1850.

Kloß.

Eine Electricirmaschine und Batterie ist zu verkaufen **Frankensplatz** Nr. 1727.

Eisendraht in allen Stärken, Stuhlfedern, gekupferte Stuhlfedern, so wie auch gekupferten Stuhlfederdraht empfiehlt billigt **Ferdinand Norkel**.

Sanduhren für Bergleute empfing und empfiehlt billigt **Ferdinand Norkel**.

Zwei Hausmädchen vom Lande, welche mit guten Attesten versehen sind, finden zum 1. October einen Dienst im **Thüringer Bahnhofe**.



Thüringische Eisenbahn.



Wir beabsichtigen die Lieferung von:

600 Stück Koalkkörben aus spanischem Rohre und

1300 Stück dergleichen aus Weiden geflochten, entweder im Ganzen oder eine jede Gattung in drei Loose getheilt, an den Mindestfordernden zu verdingen.

Die Bedingungen der Anlieferung sind bei unseren Bahnhof-Inspectionen in Halle, Merseburg und Weissenfels, so wie bei uns einzusehen.

Lieferungslustige fordern wir auf, bis zum 15. September ihre Angebote an uns einzusenden.

Erfurt, den 27. August 1850.

Die Direction der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Tanzunterricht.

Einem verehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß ich zur Entgegennahme der gefälligen Anmeldungen zu dem bald beginnenden Tanzunterricht mich in meiner jetzigen Wohnung, **Gottesacker-gasse, Gartenwohnung** Nr. 1568, in den Vormittagsstunden bereit halten werde.

W. Rocco.

Gute, noch brauchbare Biergefäße, sowie einige große Bottiche, stehen zu einem soliden Preise zu verkaufen **gr. Ulrichsstr.** Nr. 67.

Fr. Lange, geprüfter und selbst an **Brüchen** leidender Bandagist, **gr. Ulrichsstr.** Nr. 66, empfiehlt Bandagen jeder Art.

Necht englisches Sichtpapier, das Blatt mit **Gebrauchs-Anweisung à 2 Sgr**, gegen **Reißen** und **Sicht** ein bewährtes Mittel, empfiehlt **C. Haring**, Nr. 200.

Ich suche für mein Material-Geschäft einen Lehrling von rechtlichen Eltern mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen. Derselbe kann zu **Michaelis d. J.** antreten. **Lauchstädt**, den 30. August 1850. **Ludwig Kummel.**

Verloren

wurde am 31. August eine Börse mit über 5 *Rfl* auf dem Wege von der Taubstummen-Anstalt über die große **Ulrichsstraße** nach dem Markte. Der ehrliche Finder erhält in der Taubstummen-Anstalt eine Belohnung. **Kloß.**

Eine im Schneidern geschickte Jungfer findet zum 1. October er. einen Dienst auf dem **Rittergute Dues**.

Familien-Nachrichten.

Entbindungs-Anzeige.

Freitag Abends 9 Uhr wurde meine geliebte Gattin, **Luiße geb. Blank**, von dem dritten **Mägdelein** glücklich entbunden. Freunden und Gönnern in Nah und Fern zur Nachricht.

Hoffmann, Ger.-Aktuar zu **Wettin**.

Entbindungs-Anzeige.

Die am 27. August erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, **Hedwig geb. Weiske**, von einem großen muntern **Söhnlein** zeige ich hiermit ergebenst an. **Goerzke**, den 28. August 1850. **C. Meinshausen.**